

## Kommunales Wahlrecht für Ausländer?

Diskussion im Haus zur Münze / Doppelte Staatsbürgerschaft im Fokus

VON GERNOT KIRCH Eine hochinteressante Podiumsdiskussion zum Thema Ausländerwahlrecht fand am Mittwochabend im Haus zu Münze statt.

Der Leiter des Diakonischen Werks, Hennig Merker, eröffnete die Diskussion und forderte ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen, die in Deutschland wohnen, egal, ob Deutscher, EU-Bürger oder Ausländer aus einem Drittland. Bisher dürfen nur Deutsche und EU-Bürger wählen. So kann es passieren, dass ein Türke, der seit 30 Jahren in Worms wohnt, hier Steuern zahlt und Deutsch spricht, nicht abstimmen darf, ein Spanier, der erst seit kurzem in Worms wohnt, aber sehr wohl.

Hennig Merker sagte dazu: „Wohn- und Wahlbevölkerung müssen identisch sein. Dies ist aber immer weniger der Fall. Denn zwei Drittel der in Deutschland lebenden Ausländer sind von den Kommunalwahlen ausgeschlossen (etwa 5 Millionen Menschen, Anm. d. Red.). Dies ist nicht länger hinnehmbar. Und auch nicht, dass es durch das Kommunalwahlrecht zwei Klassen von Ausländern gibt, die EU-Bürger und die aus sogenannten Drittländern.“

Weiter führte er aus, dass es bei Kommunalwahlen um das direkte Umfeld der Menschen ginge, also um Schulen, Straßen und kulturelle Einrichtungen. Und für sol-

che Entscheidungen sei die Nationalität vollkommen nebensächlich. Abschließend wies er daraufhin, dass es in meisten der 27 EU-Mitgliedsländern bereits ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer gäbe.

Klaus Hagemann, Bundestagsabgeordneter der SPD, unterstützte diese Forderung, ebenso wie der Grünen-Politiker Daniel Köbler aus Mainz.

Adolf Kessel, Ortsvorsteher und CDU-Politiker widersprach dem. Er erläuterte, dass es zwei Varianten gäbe, entweder man würde das kommunale Wahlrecht für Ausländer einführen oder die Ausländer würden die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen. Und als deutsche Staatsbürger könnten sie selbstverständlich wählen. Die CDU plädiere für letztgenannte Variante. Und dies auch, weil man dadurch einen Anreiz schaffe Deutscher zu werden.

Nach dieser Aussage drehte sich die Diskussion verstärkt um das Thema Einbürgerung. Torsten Jäger vom Interkulturellen Rat wies daraufhin, dass die Einbürgerungsquote in Deutschland seit Einführung der Einbürgerungstests dramatisch gesunken sei. Inzwischen sei man bezüglich der Einbürgerungen Schlusslicht in der EU. Deutschland habe mittlerweile sogar die Zahl von 100.000 Einbürgerungen pro Jahr unterschritten.

Aber noch schlimmer sei, so Torsten Jäger, dass Deutschland inzwischen sogar die Ausbürgerungsmaschine angeworfen habe, weil man doppelte Staatsbürgerschaften nicht mehr anerkenne. Klaus Hagemann (SPD) und Daniel Köbler (Grüne) sprachen sich dafür aus, die doppelte Staatsbürgerschaft wieder anzuerkennen. Und dies alleine schon deswegen, um einen jungen Menschen von 20 Jahren nicht zu zwingen, zwischen seinen zwei Heimatländern wählen zu müssen.

Adolf Kessel (CDU) räumte ein, dass man über die doppelte Staatsbürgerschaft noch einmal nachdenken müsse. Er könne sich durchaus vorstellen, dass man sie wieder zulasse.

Zum Abschluss der Podiumsdiskussion rückte das Thema in den Fokus, wovor die Deutschen bezüglich des kommunalen Wahlrechts für Ausländer und der doppelten Staatsbürgerschaft eigentlich Angst hätten. Ein Aspekt, der dabei genannt wurde, war, dass es nicht nur um das aktive, sondern auch um das passive Wahlrecht ginge. Hintergrund sei, dass viele Deutsche wohl befürchten würden, dass islamistische Parteien bei Wahlen antreten und beachtliche Ergebnisse einfahren könnten. In diesem Zusammenhang fiel aus dem Publikum auch das Schlagwort „Parallelgesellschaften“.

## Wormser Wochenblatt

07.06.2009

# Kommt das kommunale Wahlrecht für alle?

Kampagne „Demokratie braucht jede Stimme“ lud zur Podiumsdiskussion nach Worms

**WORMS (usw)** – Die Diskussion um das kommunale Wahlrecht für Ausländer begann mit einer saftigen, wenn auch unverschludeten Verspätung der beiden Mainzer Teilnehmer. Unmut kam unter den Podiumsteilnehmern und dem Publikum im Großen Saal des Hauses zur Münze aber nicht auf. Bis Miguel Vicente, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Ausländerbeiträge in Rheinland-Pfalz, und Daniel Köbler, Landesvorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen, eintrudelten, stellte Henning Merker, Geschäftsführer des Diakonischen Werks Alzey-Worms, stellte schon mal die Kampagne vor: „Demokratie braucht jede Stimme“ vor Kernsatz: „Wir wollen das kommunale Wahlrecht für alle rechtmäßig

und dauerhaft in Deutschland lebenden EinwohnerInnen!“ Derzeitiger Sachstand ist, dass in auf Bundes- und Länderebene das aktive und passive Wahlrecht ausnahmslos an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden ist. Auf kommunaler Ebene dürfen auch EinwohnerInnen ohne deutschen Pass wählen – vorausgesetzt allerdings, es sind Angehörige von EU-Staaten. In der Podiumsrunde der vom Arbeitskreis Asyl und Ausländerbeirat organisierten Veranstaltung waren sich bis auf den Adolf Kessel (CDU) auch alle einig. Der designierte Landtagsabgeordnete sah die Einbürgerung als Ausdruck einer gelungenen Integration und deshalb als „Königsweg“ zur Wahlberechtigung. Dem hielt Torsten Jäger, Geschäfts-

führer des Interkulturellen Rates in Darmstadt, entgegen, dass die Bundesrepublik einerseits nach wie vor die Mehrstaatlichkeit prinzipiell verweigere, andererseits die Einbürgerungsvoraussetzungen so verschärft habe, dass viele sie gar nicht erfüllen könnten. MdB Klaus Hagemann (SPD) verwies auf das Grundgesetz, das gleiches Recht für alle vorsehe, und mahnte eindringlich, dass der Staat auf die Zuwanderung junger Menschen angewiesen sei. Zweitellos spielen Ängste eine große Rolle bei den Widerständen gegen das kommunale Wahlrecht, wie sie in einigen wenigen Beiträgen auch zur Sprache kamen. Man fürchtet die Überfremdung, insbesondere die Islamisierung. Vorherrschaft

war jedoch diese Meinung: „So lange wir unterscheiden in ‚wir und die‘, kann keine Gemeinschaft wachsen“, dröselte Daniel Köbler das Thema philosophisch auf. Was blieb an diesem Abend, der ohne aggressive Untertöne auskam, war die Hoffnung, dass steter Tropfen den Stein höhlt (Hagemann). Bis jetzt hat die große Koalition die Chance verpasst, durch eine Grundgesetzänderung die notwendigen Voraussetzungen für das kommunale Ausländerwahlrecht zu schaffen. Adolf Kessel räumte ein, dass die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft durchaus ein gangbarer Weg sei. Und ganz sicher wird

Kampagne  
anwv: pljlg